

Bis zu 11 Prozent Atomstromanteil Nur ein Ausbau der erneuerbaren Energien kann den Atomstrom aus den österreichischen Stromnetzen verdrängen

St. Pölten, am 3.1.2022: Nach wie vor enthält der österreichische Strommix bis zu 11 Prozent Atomstrom. „Für ein Land, das sich gerne als Kämpfer gegen die Atomkraft positioniert, ist das wahrlich kein Ruhmesblatt“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Die einzige Möglichkeit den Atomstrom aus den österreichischen Netzen zu drängen, ist der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien. Derzeit gibt es für neue Windparks gar keine Perspektive.“ Die Branche wartet auf das vollumfängliche Inkrafttreten des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und auf das Aktivwerden der Bundesländer bei der Anpassung der Rahmenbedingungen“, so Moidl.

Während Österreich sich nach außen immer wieder als Kämpfer gegen die Atomenergie positioniert, enthält der österreichische Strommix noch immer bis zu 11 Prozent Atomstrom. „Auch in diesem Bereich kann der Ausbau der erneuerbaren Energien Abhilfe schaffen“, bemerkt Moidl.

Stromkennzeichnung verschleiert reale Herkunft des Stromes

Obwohl im Stromkennzeichnungsbericht der E-Control wieder zu lesen ist, dass keine Nachweise aus „Nuklearenergie“ eingesetzt wurden, bedeutet dies leider nicht, dass Österreich frei von Atomstrom ist. „Die Nachweise sagen leider zumeist nichts darüber aus, woher der Strom stammt“, ärgert sich Moidl: „Denn die Stromherkunftsnachweise werden unabhängig vom verkauften Strom gehandelt.“ In Österreich ist es erlaubt, reinen Atomstrom als Ökostrom zu verkaufen. Hierfür muss man sich nur einen Herkunftsnachweis für erneuerbare Energie besorgen und kann damit Atomstrom als erneuerbaren Strom deklarieren. „Wie groß dieser Anteil tatsächlich ist, kann man aber nur abschätzen“, erklärt Moidl: „Je nach Berechnungsmethode liegt der Atomstromanteil dann zwischen 0,9 und 10,7

Prozent. Diese Unklarheiten könnten mit einem Schlag gelöst werden, wenn die Herkunftsnachweise nicht getrennt vom Strom gehandelt werden dürften.“ In Zukunft wird auch jener Strom ausgewiesen werden, der gemeinsam mit den Zertifikaten verkauft wurde. „Dies ist zumindest ein Schritt der Transparenz in die richtige Richtung“, so Moidl.

Einzige realistische Lösung: Ausbau der erneuerbaren Energien

„Nachdem für eine Verknüpfung der Herkunftsnachweise mit der tatsächlichen Stromproduktion eine EU Entscheidung benötigt und politisch immer wieder abgelehnt wird, gibt es nur die Möglichkeit mit dem Ausbau der Erneuerbaren den Atomstrom aus österreichischen Stromnetzen zu drängen“, stellt Moidl fest. Hier wartet die Branche auf das vollumfängliche Inkrafttreten des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes und das umgehende Aktivwerden der Bundesländer, um die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windkraft zu verbessern.

[Zur Pressemappe mit
Hintergrundpapier](#)